



... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 05.02.2014

Antrag: Mietobergrenzen an die Wirklichkeit anpassen!

Dem Stadtrat werden baldmöglichst neue Mietobergrenzen im SGB II und XII vorgelegt, zu denen tatsächlich in München Wohnraum gemietet werden kann.

Begründung:

Die Mietobergrenzen im SGB II und XII sind seit Jahren unverändert. Sie liegen nach wie vor deutlich unter den Werten des Mietspiegels, obwohl die Mietspiegelwerte auf Bestands-, nicht auf Neuvermietungsmieten basieren. Zu diesen Mieten sind in München keine Wohnungen zu finden. Die Höhe der Mietobergrenze legt nicht nur fest, welche Mieten bei Wohnungswechseln übernommen werden; MieterInnen, deren Miete über dieser Grenze liegt, kann auch die Leistung gekürzt werden, indem nur die nach der Tabelle angemessene Miete bezahlt wird. Eine zu niedrige Mietobergrenze macht also nicht nur Wohnungswechsel unmöglich; sie führt auch dazu, dass die Betroffenen weniger als das gesetzliche Minimum zum Leben zur Verfügung haben.

Eine neue Tabelle sei längst in Arbeit, lautete auf Nachfragen immer die Antwort des Amtes für Wohnen und Migration. Zuletzt wurde auf ein Urteil des Landessozialgerichts gewartet. Auch dieses Urteil liegt längst vor. In diesem Urteil lautete die Vorgabe zu den Mietobergrenzen in etwa, mindestens 20% der Wohnungen müssten für BezieherInnen von ALG II auf dem aktuellen Markt bezahlbar sein, ohne dass auf bestimmte Stadtviertel oder besonders niedrige Standards verwiesen würde.

In anderen deutschen Großstädten, etwa Hamburg und Berlin, ist zumindest der Mietspiegel Grundlage der Mietobergrenzen, und Überschreitungen bis zu 30% werden unter bestimmten Voraussetzungen (wie etwa hohes Alter oder körperliche Beeinträchtigungen) toleriert, obwohl die Wohnungslage dort nicht so angespannt ist wie in München. Hier werden nur Überschreitungen von 10% toleriert.

Eine Anpassung der Mietobergrenzen ist überfällig.

Initiatorin:
Dagmar Henn
Stadträtin